



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/231 - 5.10.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039890

Das Dilemma der FDP	S. 1
Zum Abschluß des Labour-Parteitages	S. 3
Nach Reuters Tod	S. 5
Sozialistische Studenten tagten	S. 7

Auf dem Weg zur Selbstaufgabe

-us. In Gesprächen in den Wandelgängen des Bundeshauses und in parteiinternen Diskussionen spricht sich eine große Zahl der FDP-Politiker besorgt über die beschlossene Regierungsbeteiligung aus. Große politische Bedeutung haben diese Äußerungen jedoch nicht, denn in ihren Mehrheitsbeschlüssen hat die FDP auch nach ihrer Wahlniederlage der Regierungsbeteiligung um jeden Preis den Vorrang vor dem Bestehen auf ihrem eigenen Programm gegeben. Die FDP ist damit auf dem Weg zur Selbstaufgabe wieder einen großen Schritt "vorwärts mit Blücher" gekommen. Im Wahlkampf hatten die meisten FDP-Redner erklärt, es ginge erstens darum, die Außenpolitik des CDU-Bundeskanzlers Dr. Adenauer zu bejahen und zweitens gelte es, die Wirtschaftspolitik Erhards zu bestätigen. Nun gut, sagten sich darauf die möglichen FDP-Wähler, dann geben wir unsere Stimme doch gleich der CDU.

Genau wie die DP hatte sich die FDP in der ersten Legislaturperiode vom Willen zur vorbehaltlosen Unterstützung der CDU und deren Vorsitzenden leiten lassen. Daran konnten einzelne Stimmenenthaltungen oder das gelegentliche gegen die CDU stimmen nichts ändern; die FDP blieb Regierungspartner und sanktionierte damit jeden Beschluß der Regierung und der parlamentarischen Mehrheit der Koalition, auch wenn sie nicht für ihn gestimmt hatte. Die Wähler haben daraus die Konsequenzen gezogen. Das Ergebnis war auf Seiten der Koalitionsparteien die Niederlage von

FDP und DP und der Erfolg der CDU/CSU. Man kann sich eben in der Politik nicht selbst aufgeben und dann behaupten, man habe noch ein eigenes Wollen. Daß die DP aus den damit gekennzeichneten Erfahrungen keine Konsequenzen ziehen kann, ist nicht sehr wichtig; denn die Existenz dieser Partei bzw. ihre Rückführung auf einen gewissen Prozentsatz der niedersächsischen Wähler ist nur eine Frage der Zeit. Die DP hat ihren Machkriegs-"Höhepunkt" längst hinter sich und wird genau wie der BHE 1957 keine Rolle mehr spielen. Bei diesen beiden Parteien wird niemand davon überrascht sein.

Anders bei der FDP, der viele nach den Wahlen und den vorangegangenen parteiinternen Auseinandersetzungen die Chance für eine Neubildung und für die Rückgewinnung der Selbständigkeit einräumten. Diese Spekulation ist jedoch schon vier Wochen nach den Wahlen hinfällig geworden. Die FDP bleibt auf dem Weg der Überführung ihrer Wähler in die CDU oder des Überlassens ihrer Wähler an eine neue Rechtspartei, deren Entstehen angesichts des Verhaltens von FDP und DP fast zwangsläufig ist. Die Wähler der FDP werden schon in einigen Monaten die letzten Beweise dafür haben, daß die "Freien Demokraten" nur ihre Stimmen der CDU zur Verfügung stellen und alles hinnehmen werden, was von der CDU durchgesetzt wird. Die neue Regierungspartei FDP wird z.B. nicht nur für die CDU-Neuregelung des Familienrechts, für die Fortsetzung der bisherigen Finanzpolitik, sondern auch für die Weiterführung der Saarpolitik Dr. Adenauers mitverantwortlich sein. Gleichzeitig wird sie mittelbar jene Auswüchse des politisierenden Katholizismus stützen, gegen die Dehler im Wahlkampf so laut polemisiert hatte. Die letzten Reste ihres Programms wird die FDP vor dem Übertreten der Schwelle zur neuen Koalition weggeworfen haben.

Die deutsche Öffentlichkeit kann sich also im Grunde darauf konzentrieren, im neuen Bundestag auf der einen Seite die CDU/CSU und auf der anderen Seite die SPD zu beurteilen. FDP, DP und BHE haben sich für die uninteressante Rolle der neuen "Mitläufer" entschieden. Alles was sie dafür bekommen, sind ein paar Kabinettsposten, die an Gewicht und Zahl zu gering sind, um auch nur die Interpunktion in Gesetzesentwürfen beeinflussen zu können. Auf der politischen Rechten wird viel interessanter sein, was in der Zukunft außerhalb des Bundestages geschieht, um die mit der Selbstaufgabe von FDP und DP entstandene Lücke zu füllen.

+ + +

Attlee erhält uneingeschränktes Vertrauen

P.S.-London, Anf. Oktober

Zwei Männer versuchten, die Konferenz der britischen Labour Party in Margate zu beeinflussen. Arthur Deakin, Sekretär der Transportarbeiter, mit den beinahe fünf Millionen Stimmen der hinter ihm stehenden Gewerkschaften und Aneurin Bevan, für den über 1,1 Millionen Stimmen der lokalen Parteiorganisationen abgegeben wurden. Aber keiner von ihnen kann für sich in Anspruch nehmen, dasjenige Maß von Vertrauen zu besitzen, das ausreichte, die Führung der britischen Arbeiterbewegung zu übernehmen.

Drei Frauen, die der Parteileitung angehören, aber nicht so aktiv an den innerpolitischen Auseinandersetzungen teilnehmen, obgleich sie sich streng von der Bevan-Gruppe absondern, erhielten einen weit stärkeren Vertrauensbeweis: Margret Herbison und Alice Bacon erreichten mit über 6,1 Millionen die Höchstzahl aller abgegebenen Stimmen, und Dr. Edith Summerskill, mit mehr als 5,8 Millionen Stimmen ebenfalls in die Exekutive gewählt, wurde zweite Vorsitzende der Partei und übernimmt automatisch den ersten Vorsitz im nächsten Jahr.

Auf der Tribüne saß fast unbeteiligt ein Mann, der sich mit keinem Wort an der manchmal sehr stürmischen Debatte beteiligte, der kein Wort gesprochen hatte, als der vorige Parteitag seinen langjährigen Kampfgefährten aus der Exekutive hinauswählte, und der kein Zeichen der Teilnahme verriet, als Herbert Morrison diesmal, auch unter dem Beifall vieler seiner Gegner, wieder in den Parteivorstand hineinkam. Dieser Mann sitzt auf der Tribüne und malt Figuren, was man in England dudeln nennt. Der Dudler heißt Clement Attlee, Führer der Unterhausfraktion und der Partei. Als Attlee sich erhob, um das außenpolitische Programm einzuleiten, erhielt er einen Beifall, der sich zur stärksten Ovation in seiner politischen Laufbahn entwickelte. Attlee ist kein Orator wie vielleicht Bevan oder Churchill. Er spricht kurz, verständlich, fast zu sachlich. Aber die außenpolitische Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Am Schluß des Parteitages beendete er die Aussprache über den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fünf-Jahres-Plan "Challenge to Britain", der länger

als drei Tage umstritten war, eine undankbare Aufgabe. Aber auch diese Vorlage des Parteivorstandes wurde überraschend mit einer überwältigenden Majorität angenommen. Es ist klar: Attlee, der künftige Ministerpräsident, besitzt das uneingeschränkte Vertrauen der Partei. Beide Flügel, der progressive Gewerkschaftsblock und die radikalen Parteioorganisationen, sind glücklich, diesen Dudler als ruhenden Pol zwischen sich zu haben. Bevan, schon viel zurückhaltender geworden, wird sich noch sehr vom linken Flügelmann zum Staatsmann entwickeln müssen, wenn sich seine Hoffnungen, einmal die Nachfolgerschaft Attlees anzutreten, verwirklichen sollen.

Dieser Parteitag brachte nicht die erwarteten Sensationen. Die Wiederwahl der sechs Bevan-Anhänger war keine Überraschung. Sie bietet auch heute keine Gewähr über die Stimmung innerhalb der Partei. Die Abstimmungen über die meisten Anträge brachten eine so wesentliche Mehrheit für die Parteileitung, daß ohne weiteres festgestellt werden konnte, daß für die Exekutive auch diejenigen Delegierten stimmten, die vorher Bevan wählten. Der Vorstand verfügt durch den Eintritt von Morrison und einer ebenfalls neugewählten Frauenvertreterin eine stärkere Majorität über den Bevan-Flügel als im abgelaufenen Jahre. Umso weniger notwendig war manchmal das schroffe Auftreten führender Gewerkschaftsvertreter, die noch während der letzten Stunden des Parteitages eine Spannung in die Versammlung trugen, die von den weniger im Vordergrund stehenden Delegierten geflissentlich vermieden wurde.

Für die nächsten Wahlen braucht die Labour Party keine Exponenten wie Deakin oder Bevan. In Attlee hat sie den Politiker, in Morrison den Organisator gefunden. Beide Parteigruppierungen haben gemeinsam Richtlinien angenommen, die nicht nur ein Partei- oder Wahl-, sondern in gleichem Maße auch ein Regierungsprogramm bedeuten. Dieser Parteitag hinterließ den Eindruck, daß die Mitgliedschaft ebenso geschlossen in den Wahlkampf geht, wie sie die in sie hineingetragenen innerpolitischen Auseinandersetzungen ablehnt.

+ + +

Der Abschied von Ernst Reuter

Von Willy Brandt, MdB

Mit überwältigenden Trauerkundgebungen haben die Berliner von ihrem großen Toten Abschied genommen. Es war kein Geheimnis, daß sich Ernst Reuter das Vertrauen breitester Kreise der Bevölkerung erobert hatte. Das Geschehen der vorigen Woche hat gezeigt, daß es um mehr als Vertrauen ging.

Die Stärke des Reuterschen Appells hatte im Menschlichen gelegen. Er hatte die Herzen seiner Berliner gewonnen. Hunderttausende empfanden es so, als hätten sie den Vater verloren. Selten ist um einen verschiedenen Staatsmann so viel und so bitterlich geweint worden.

Der tote Ernst Reuter ging in den letzten Tagen noch einmal den Weg seines Lebens. Die Familie übergab ihn der Partei, die Partei dem Staat. Zu allerletzt waren die Angehörigen und die engsten Freunde noch einmal um ihn versammelt.

Unüberschaubare Menschenmassen säumten die Straßen, als die Berliner Sozialdemokraten die sterbliche Hülle vom Knie - dem neuen Ernst Reuter-Platz, in den die "Straße des 17. Juni" ausmündet - zum Schöneberger Rathaus geleiteten. Auf einer großen Kundgebung hatte Erich Ollenhauer dem sozialdemokratischen Mitkämpfer, dem Vorkämpfer für die deutsche Einheit in Freiheit, dem Menschen und Mahner Ernst Reuter gedankt. Später fanden sich auch noch die aus dem deutschen Westen nach Berlin geeilten führenden Sozialdemokraten mit ihren Berliner Freunden zu feierlichem Gedenken zusammen.

Vor dem Berliner Abgeordnetenhaus würdigten Sprecher der Stadt die Verdienste ihres ersten Mannes. Beim Staatsakt am Sonnabend dolmetschte Theodor Heuss den Dank des ganzen Volkes. Fast alles, was einen Namen hat in unserem öffentlichen Leben, erwies dem verstorbenen Bürgermeister der eigentlichen deutschen Hauptstadt die letzte Ehre. Auch aus dem Ausland waren viele und hohe Gäste erschienen. Von überall her kamen Bekundungen der Anteilnahme und der Trauer.

Stärker noch als alle Reden war jedoch das, was das Volk von Berlin selbst bekundete. In den Stunden nach Reuters Tod bereits begannen

die Kerzen in den Fenstern aufzuleuchten. Dazu hatte Ernst Reuter zur letzten Jahreswende aufgefordert - als Gruß an die Kriegsgefangenen und an die politischen Gefangenen. Jetzt galt der Gruß der Kerzen, den man noch drei Abende lang erleben konnte, dem Mann, der zum Gestalter und zum Symbol des Ringens um persönliche und politische Freiheit geworden war.

Die Teilnahme am Fackelzug der Sozialdemokraten und am Staatsbegräbnis war gewaltig. Am eindrucksvollsten war jedoch der stille Zug der Hunderttausende, die am Freitag vom frühen Morgen bis in die späte Nacht an dem vor dem Rathaus aufgebahrten Sarg mit der Baskenmütze vorbeidefilierten. Es waren Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung, vor allem aber waren es die kleinen Leute. Sie brachten nicht große Kränze, sondern kleine Blumengröße, die alles sagten.

Besonders stark war die Anteilnahme der Bevölkerung des Ostsektors von Berlin. Auch aus der sowjetischen Zone kamen viele, um sich der Trauergemeinde anzuschließen. Es kamen Blumen von den mutigen Belegschaften der großen Betriebe, Grüße vieler einzelner, die ihre ganze Hoffnung auf Ernst Reuter gesetzt hatten. Der Waldfriedhof von Zehlendorf wird sicherlich zu einem Wallfahrtsort werden.

Die Anteilnahme war stark. Aber die Trauer war auch mit ernster Sorge gemischt. Überall tauchte die bange Frage auf, was denn nun werden solle in Berlin, wie denn nun der unersetzliche Verlust in etwa ausgeglichen werden könnte. Vor der Beantwortung dieser Frage stehen jetzt manche, denen Verantwortung übertragen ist und von denen ihre Mitbürger erwarten, daß sie das von Ernst Reuter gezündete Licht nicht erlöschen lassen. Jetzt muß sich im neuen Alltag erproben, ob das vielfache Versprechen wahr gemacht wird, im Geiste Ernst Reuters weiterzuarbeiten, sein Werk zu vollenden.

+ + +

Der Motor der Diskussion

ne. Die Bundeskonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), die in diesem Jahr in Hamburg stattfand, hat eines erneut bestätigt: Die Tatsache nämlich, daß die sozialistische Bewegung auch heute wieder einen starken - wenn auch vielleicht gelegentlich nicht genügend bewerteten - geistigen Impuls aus den Reihen der studierenden jungen Generation erhält. Dieser Impuls liegt nicht so sehr auf der Linie der Konstruktion in sich geschlossener und zur Anwendung in der Praxis geeigneter Gedankengebäude. Er wirkt und bewährt sich vielmehr vor allem in der Weise, daß die Unruhe und vielleicht auch die Unzufriedenheit der jungen Generation ständig Anlaß zur Beschäftigung auch mit den Fragenkomplexen bieten, die sonst möglicherweise auf dem Abstellgleis überkommener und veralteter Vorstellungen nicht mehr einer Neubewertung unterzogen werden könnten.

Dabei kann die Vielfalt und die Verschiedenheit der Anregungen, die auch diesmal wieder vorgebracht wurden, nur begrüßt werden. Der Sozialismus und die Sozialdemokratie im engeren Sinne haben eine stolze Tradition des weltoffenen Meinungs- und Gedankenaustausches aufzuweisen. Das Gerede von der angeblich vorhandenen dogmatischen Beengtheit der Organisationen im sozialistischen Lager - das übrigens nur allzu gerne gerade von denjenigen aufgebracht wird, die ihrerseits tatsächlich auf ein Dogma eingeschworen sind - wird durch Diskussionen und Auseinandersetzungen, wie sie erfreulicherweise wieder in Hamburg zu hören waren, von selbst ad absurdum geführt. Wenn es ein Dogma gibt, das beachtet wird, dann ist es das "Dogma" der Gedanken- und Diskussionsfreiheit.

In diesem gegenseitigen Nehmen und Geben, in dem Widerstreit der Meinungen, liegt das Geheimnis für den langfristigen Erfolg vieler geschichtlicher Bewegungen begründet. Wo der totale Personenkult an die Stelle echter geistiger Auseinandersetzungen tritt, ist der Kern des Zerfalls bereits gelegt. Für die sozialistische Bewegung ist die offene Diskussion, das "Aussprechen, was ist", immer eine geheiligte Selbstverständlichkeit gewesen. Das gilt auch heute. Somit ist der Sozialismus in unserer Zeit - und hiervon sind viele Denker der Gegenwart zutiefst überzeugt - zum eigentlichen Träger des geschichtlichen Fortschritts geworden.

Und in diesem Sinne muß die zündende Differenz, die allein Gewähr für das Ingangkommen einer Aussprache bietet, als geradezu lebensnotwendig begrüßt werden. Auf der Hamburger Tagung des SDS hatte man das Gefühl, daß die sozialistische Jugend sich ihrer Aufgabe - aus dem Nebeneinander der differenzierenden Ansichten die Kraft für die kommenden Aufgaben zu sammeln - voll bewußt ist.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau